



HESSISCHER LANDTAG

25. 04. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Wirtschafts- und Industriestandort Hessen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert, dass das Wirtschaftswachstum Hessens im letzten Jahr mit 1,5 % nur unterdurchschnittlich war und Platz 9 im Ranking der Bundesländer nicht zufriedenstellend ist. Insbesondere unsere Nachbarn, Baden-Württemberg und Bayern, konnten mit 2,2 bzw. 2,1 % ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum erzielen.
2. Der Landtag ist davon enttäuscht, dass Hessen Rückschritte bei der Umsetzung des Ziels macht, unter die Top 5 der innovativsten Industriestandorte Europas vorzustoßen. Dieses Ziel hat die Landesregierung ausgegeben und soll anhand der Platzierung im Europäischen Innovationsindex gemessen werden. Im Jahr 2014 lag Hessen noch auf Platz 7. Bei der Erhebung 2016 ist Hessen auf Platz 10 abgerutscht und aus der Spitzengruppe herausgefallen.
3. Der Landtag nimmt die Ergebnisse der IHK-Studie "Das Netzwerk Industrie in der Region Frankfurt-RheinMain" (Dezember 2016) zur Kenntnis. Danach ist fast jeder zweite Beschäftigte in der Metropolregion Frankfurt-Rhein-Main innerhalb des Netzwerkes Industrie und industrienaher Dienstleister tätig. Doch laut der vom DIW (Berlin) erarbeiteten Studie gehört die Rhein-Main-Region "längst nicht mehr zu den am stärksten prosperierenden Regionen in Deutschland". Vielmehr sei die Beschäftigungsentwicklung in anderen Metropolregionen, München, Hamburg oder Nürnberg, "deutlich günstiger" verlaufen.
4. Der Landtag stellt fest, dass in den Bereichen, die laut der IHK-Studie zu den vier wichtigsten Standortbedingungen zählen, (1) digitale Infrastruktur, (2) Angebot an berufserfahrenen Fachkräften, (3) Anbindung an das überörtliche Straßennetz und (4) eine leistungsfähige Energieversorgung, Hessen keine führende Rolle einnimmt und Versäumnisse festzustellen sind. Beispielsweise hat die Landesregierung im Jahr 2016 freiwillig 30 Mio. € an Bundesgeldern für die hessischen Autobahnen und Bundesstraßen an den Bund zurückgegeben. Weiterhin treibt der einseitige Ausbau der hochsubventionierten Windkraft die Energiekosten auf immer neue Rekordstände, wodurch Investitionen und Arbeitsplätze in energieintensiven Unternehmen gefährdet werden.
5. Der Landtag bedauert, dass die Landesregierung die im Rahmen der Initiative "Industrieplatz Hessen" formulierten Handlungsempfehlungen nicht konsequent fortsetzt. So sind z.B. keine Ansätze zu erkennen, wie die in den Handlungsempfehlungen geforderte Entwicklung und Pflege "industriefreundlicher Einstellungen" vorangebracht werden. Auch der in den Empfehlungen angemahnte Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere des Flughafens Frankfurt, wird von der Landesregierung nicht hinreichend unterstützt. Vielmehr werden die von der Landesregierung geplanten Kapazitätsbeschränkungen des Flughafens, der Deutschlands größte Arbeitsstelle ist, zum Verlust von Wettbewerbsfähigkeit beitragen. Während deutsche und internationale Wettbewerber deutlich wachsen, tritt die Fluggastentwicklung in Frankfurt leider auf der Stelle.
6. Der Landtag ist angesichts der jüngsten Ankündigungen über Standortschließungen und Arbeitsplatzabbau bei hessischen Industrieunternehmen in großer Sorge. Allein im März haben Coty in Hünfeld (vormals Wella), Mundipharma in Limburg, Sanofi im Industriepark Hoechst und Spezialguss Wetzlar derartige Maßnahmen angekündigt.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die industriepolitischen Rahmenbedingung zu verbessern, damit die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Industrie und industrienahen Dienstleister steigt und Arbeitsplätze und Investitionen in Hessen gesichert und aus-

gebaut werden können. Dazu muss die erlahmte "Initiative Industrieplatz Hessen" wieder intensiviert und verstärkt werden.

8. Der Landtag erwartet von der Landesregierung, dass sie alle Diskussionen und Planungen, die den Industriestandort Hessen belasten, sofort beendet. Dazu gehören insbesondere der 140 Mio. € teure Klimaschutzplan 2025 und die Forderungen nach einem Fahrverbot von Dieselfahrzeugen, das die hessische Landesregierung auf der Verkehrskonferenz beantragt hatte.
9. Der Landtag ruft die Landesregierung zu deutlich höheren Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und zu grundlegenden Änderungen in der Energiepolitik auf. Die Mittel für die Landesstraßen, die sich laut dem jüngsten Zustandsbericht zu mehr als 45 % in einem "schlechten" oder "sehr schlechten" Zustand befinden, müssen deshalb auf mindestens 185 Mio. € verdoppelt werden. Um die Energiekosten zu senken, ist die Abschaffung des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) und der Stopp des subventionsgetriebenen Windkraftausbaus notwendig.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 25. April 2017

Der Fraktionsvorsitzende:
Rentsch